

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 57 bis 66:

Betrieben erleichtern wir dies mit einer Änderung der Haftungsregeln. Um die private Altersvorsorge zu fördern, wurde die Riester-Rente entwickelt. ~~Sie ist in ihrer bisherigen Form gescheitert, denn zu wenige Menschen sorgen vor und die Anlageprodukte sind nicht kundenfreundlich genug. Wir brauchen daher einen Neustart bei der geförderten privaten Altersvorsorge. Dazu wollen wir ein einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt einführen. Und die Förderung für Neuverträge gezielt im Sinne von Geringverdienenden umgestalten. Es soll auch Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge offenstehen. Der Bürgerfonds soll nachhaltig investieren und dabei soziale und ökologische Belange berücksichtigen. Die Förderung der privaten Vorsorge konzentrieren wir künftig vor allem bei Geringverdienerinnen und Geringverdienern.~~ Zu wenige Menschen sorgen vor und die Anlageprodukte sind nicht kundenfreundlich genug. Wir brauchen daher einen Neustart bei der geförderten privaten Altersvorsorge. Dazu wollen wir die Grundzulage für Erwachsene auf 300€ und für Kinder auf 600€, in Alt- und Neuverträgen, erhöhen. Staatliche Zulagen sollen zukünftig nur noch in Altersvorsorgeprodukte eingezahlt werden, die ethischen und umweltverträglichen Anlagestrategien folgen. Es soll auch Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge offenstehen. Die Förderung der privaten Vorsorge konzentrieren wir künftig vor allem bei Geringverdienerinnen und Geringverdienern. Dazu sollen Alterseinkünfte aus staatlich geförderten Altersvorsorgeprodukten nicht länger auf die Grundsicherung angerechnet werden.

Begründung

Wer meint, dass die Riesterrente gescheitert ist, der muss alle Altersvorsorgeprodukte für gescheitert erklären, die nach dem Äquivalenzprinzip eine garantierte Ablaufleistung garantieren.

Schließlich müssen Garantieleistungen mit sogenannten sicheren Anlagen, d.h. überwiegend mit Staatsanleihen, erwirtschaftet werden. Leider eignen sich Staatsanleihen von Gläubigern guter Bonität kaum noch zur Vermögensmehrung. Genau dieser Umstand ist für regelmäßige Rechnungszinssenkungen bei Lebens- und Rentenversicherungsprodukten verantwortlich gewesen.

Auch ein Bürgerfonds muss sich den Realitäten an den Kapitalmärkten stellen. Spekulationen mit Aktien oder anderen Sachwerten werden nicht möglich sein, wenn man das Äquivalenzprinzip einhalten möchte. Geringere Verwaltungskosten werden nicht ausreichen, um den Menschen eine auskömmliche Rente in Aussicht zu stellen.

Deutschland profitiert andererseits stark als Gläubigerin von der schlechten Verzinsung der Anlagen ihrer Schuldner*innen. Es wäre gerechtfertigt die Zulagen aus den historisch günstigen Refinanzierungsmöglichkeiten zu finanzieren.

Darüber hinaus gebe ich zu bedenken, dass ein Bürgerfonds, unter der Verantwortung anderer Regierungskonstellationen, nicht zwangsläufig ökologischen und ethischen Anlagegrundsätzen unterworfen sein muss.

Die letzte Rot-Grüne Bundesregierung hat die Riesterrente eingeführt. Die nächste Regierung mit grüner Beteiligung sollte das Bestehende verbessern, statt Millionen Sparern zu sagen, dass der Abschluss eines Rot-Grünen Produkts eine schlechte Entscheidung war.

Unterstützer*innen

Mathias Raudies (Berlin-Marzahn/Hellersdorf KV); Anna Gallina (Hamburg-Eimsbüttel KV); Marc Kersten (Köln KV); Linda Heitmann (Hamburg-Altona KV); Maryam Blumenthal (Hamburg-Wandsbek KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Johannes Diether Schönfelder (Hamburg-Nord KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Markus D. Knudsen (Hamburg-Nord KV); Roman Kittel (Nürnberg-Stadt KV); Dennis Paustian-Döscher (Hamburg-Wandsbek KV); Claudia von Allwörden (Hamburg-Altona KV); Benjamin Holm (Hamburg-Nord KV); Flor Diez-Hurtado (Bielefeld KV); Gudrun Schittek (Hamburg-Harburg KV); Khosrow Haidari (Hamburg-Wandsbek KV); Tim Joris Kaiser (Hamburg-Eimsbüttel KV); Alske Rebekka Freter (Hamburg-Nord KV); Ercan Kilic (Salzgitter KV); Kemal Anıl Kaputanoğlu (Hamburg-Nord KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Ann-Kathrin Tranziska (Pinneberg KV)